

Brand erst im dritten Kapitel an, das sich möglichen Verbesserungen und Remeduren widmet, nämlich die ausgeprägte politische Responsivität der Abgeordneten. Diese führe wegen eines meist eher geringen öffentlichen Interesses an Fragen der Unionspolitik dazu, dass auch die Parlamentarier sich diesen Themen nur in geringerem Umfang widmen. Wenn diese These zutrifft, für welche die Untersuchung immerhin einige Belege bietet, ist es um die Chancen für die anschließend entfaltenen Verbesserungsmöglichkeiten schlecht bestellt: Gegen die Anreize des politischen Systems – die in ihrem Mechanismus der repräsentativen Demokratie entsprechen – wird das Parlament sein Verhalten kaum ändern. Dies ist umso gravierender, als es sich bei dem europapolitischen Engagement des Bundestag um eine Verfassungspflicht handelt, deren gerichtliche Durchsetzung aber von der Autorin zutreffend als sehr unwahrscheinlich beurteilt wird (S. 270).

Dennoch ist es richtig, wenn sie – als Konsequenz der im zweiten Kapitel gewonnenen Ergebnisse – eine bessere Strukturierung sowohl des Informationsflusses von der Regierung zum Parlament wie auch der Informationsverarbeitung im Bundestag verlangt und weiterhin fordert, die Bundesregierung müsse es nach Möglichkeit vermeiden, die Volksvertretung unter starken Zeitdruck zu setzen. Die Möglichkeiten des Bundestages zu verbessern seine Integrationsverantwortung wahrzunehmen, ist auch dann geboten, wenn man die aktuellen Chancen als eher gering veranschlagt, dass das Parlament von diesen Möglichkeiten umfassenden Gebrauch machen wird.

Insgesamt bietet das Buch eine aufschlussreiche und überzeugende Analyse des Themas und ist jedem Interessierten zur Lektüre zu empfehlen.

Dr. Sebastian Roßner, M.A.

D'Antonio, Oliver: Zwischen Rathaus, Milieu und Netzwerk. Über die lokale Verankerung politischer Parteien, Springer VS, Wiesbaden 2015, 621 S., ISBN 978-3-658-07243-8, € 59,99.

Mit seiner Dissertation legt Oliver D'Antonio ein fast 600 Seiten umfassendes Werk über die lokale Verankerung politischer Parteien in der Bundesrepublik vor. Seine qualitativ angelegte Studie setzt sich zum Ziel, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, „welche Kontakte [...] die politischen Parteien in die lokale Gesellschaft [pflegen]“ und welche Maßnahmen Parteistrategen vor Ort unternehmen, um „eine solche gesellschaftliche Verankerung aktiv herzustellen“ (S. 18). Die For-

schungsfrage wird untergliedert in die Themenkomplexe „Außenbeziehungen“ (ebd.) und „Binnenkultur“ (S. 19). Ersterer dient der Analyse von Interdependenzen zwischen lokaler Parteigliederung und außerparteilichen Akteuren vor Ort, letzterer der Organisation des lokalen Parteilebens, wie beispielsweise Partizipationsmöglichkeiten für Parteimitglieder, die Offenheit für Nicht-Mitglieder oder die Aktivitäten vor Ort. Das Werk ist insofern an der Schnittstelle zwischen lokaler Politik-, Parteien- und Organisationsforschung angesiedelt. Zwar existieren bereits empirische Studien über die formalen Linkages zwischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen (u.a. Poguntke 2000) sowie über den Wandel der Binnenorganisation von Parteien (u.a. Bukow 2013), dabei wird jedoch die nationale Ebene fokussiert, die ‚party on the ground‘ (Katz/Mair) bleibt meist unbeachtet. Sich auf die bisherigen Forschungsergebnisse der politikwissenschaftlichen Teildisziplinen stützend, widmet sich der Autor einem bislang kaum erforschten Terrain. Das Werk verspricht insofern einen Einblick darüber zu geben, mit welchen Strategien die Parteigliederungen vor Ort auf den Prozess sinkender Mitgliederzahlen und sinkenden Vertrauens in politische Parteien reagieren. Die Fokussierung auf die lokale Ebene gewinnt zudem an Relevanz, da sich die in der Literatur diskutierte Entkopplung von Parteien und Gesellschaft in der Kommunalpolitik mutmaßlich in geringerem Maße äußert als in der Bundespolitik. So vermutet D'Antonio, dass Lokalpolitiker allein aufgrund der räumlichen Nähe zu ihren potenziellen Wählern nicht „in gleicher Weise von den alltäglichen Lebenswelten vor Ort abgeschnitten [...] [sind], wie dies auf das politische Führungspersonal in Berlin oder in den Landeshauptstädten zutreffen dürfte“ (S. 25-26, 556). Der Verfasser macht gleich zu Beginn deutlich, dass neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse für ihn auch die normative Prämisse einer vor Ort etablierten und vitalen Parteiorganisation relevant ist (S. 29-30). Damit bereichert er die lokale Politikforschung auch abseits empirischer Erkenntnisse um eine optimistischere Sichtweise bezüglich des Stellenwerts von Parteien in der Kommunalpolitik. Zur Beantwortung seiner Forschungsfrage setzt D'Antonio auf ein exploratives Vorgehen und verwendet ein Korpus aus sechzig selbst geführten Interviews mit Vorstandsmitgliedern aus Stadt- und Kreisverbänden sowie lokalen Verbandsfunktionären (S. 53-54). Ergänzend nutzt er teilnehmende Beobachtungen, u.a. von Sitzungen der untersuchten Parteigliederungen. Der Autor beschränkt sich in seiner Fallauswahl auf die Städte Leipzig und Frankfurt sowie auf die Parteien DIE

LINKE, FDP und Grüne (S. 18). Nach einem kurzen Überblick über den Forschungsstand (S. 39-46) sowie eine Erläuterung des methodischen Zugangs und der Klärung grundlegender Begrifflichkeiten (S. 47-76) folgt eine sehr ausführliche Darstellung der Charakteristika der ausgewählten Städte (S. 77-104). Anschließend porträtiert der Verfasser detailliert die organisatorische Entwicklung und gegenwärtige Ausgestaltung der Aktivitäten der untersuchten Parteien vor Ort (S. 107-500). Die Darstellung mündet in der Verdichtung des empirischen Datenmaterials und einer Typenbildung der lokalen Verankerung politischer Parteien (S. 501-527). Abschließend analysiert D'Antonio die empirischen Ergebnisse vor dem Hintergrund seiner eingangs präsentierten normativen Prämisse der Wünschbarkeit von lokal verankerten Parteiorganisationen (S. 555-567). Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse sieht er zwar eine prinzipielle Erneuerung der Parteien durch die Basis nicht als unmöglich an, warnt jedoch ebenso vor einer „übermäßigen Reformeuphorie“ (S. 559): Zwar erschwere eine „fragmentierte Stadt [...] den Parteien die Integration der zersplitterten Gesellschaft“ (S. 558), dennoch reagierten die Parteien darauf mit einer „Vielseitigkeit der Kontakt- und Kooperationsformen“ (ebd.). Vor Ort fände sich ein „[...] vielfältiges Potpourri an personellen Verflechtungen, punktuellen Kooperationen, regelmäßigen und unregelmäßigen Kontakten sowie losen Netzwerken [...]“ (S. 557).

Positiv hervorzuheben sind die aus der Empirie gewonnenen Typen lokaler Parteiorganisation (S. 518). Sie bieten die Möglichkeit, die Belastbarkeit der explorativ gewonnenen Ergebnisse künftig im Rahmen repräsentativer und stärker theoriegeleiteten Studien zu überprüfen. Wünschenswert wäre jedoch eine ausführlichere Darstellung der Typenbildung und möglicher Erklärungsfaktoren gewesen. Während die Beschreibung der Parteistruktur vor Ort sehr ausführlich erfolgt, widmet sich der Autor in vergleichsweise geringem Umfang dem Vergleich der Parteien in den untersuchten Städten. Bei der Fallauswahl bleibt unklar, warum Leipzig und Frankfurt ausgewählt wurden. Die Berücksichtigung kultureller Unterschiede zwischen einer ost- und westdeutschen Großstadt ist schlüssig (S. 34-35). Die detaillierte Beschreibung der wirtschaftlichen Struktur beider Städte wirft jedoch die Frage auf, ob der Autor neben kulturellen Unterschieden noch weitere Einflussfaktoren als relevant erachtet. Hier fehlt eine theoretische oder empirische Grundlage für die Beurteilung, warum die genannten Rahmendaten aufgeführt werden (S. 77-104). Nach bisherigen Erkenntnissen der lokalen Politikforschung ist zudem davon auszu-

gehen, dass die Einstellungen und das Verhalten von Parteipolitikern mit der Einwohnerzahl der Kommune variieren (u.a. Holtkamp 2015). Insofern wäre eine weniger detaillierte Schilderung der Situation in den beiden Städten zugunsten der zusätzlichen Berücksichtigung einer Land- und Kleinstadt wünschenswert gewesen. Die Entscheidung für die Beschränkung der Analyse auf die Kleinparteien begründet D'Antonio mit deren geringeren Ressourcen und in der Regel fehlenden Kollateralorganisationen, was im Vergleich zu mitgliedsstarken Parteien zu einer anderen Ausgangslage und somit anderen Strategien zur Etablierung lokaler Verankerung führt (S. 34). Ob sich eine unterschiedliche Ausgangslage tatsächlich in divergierenden Strategien widerspiegelt, kann ohne expliziten Vergleich mit SPD und CDU durch die Studie jedoch nicht geklärt werden.

Trotz der genannten Kritikpunkte hat Oliver D'Antonio ein für die Parteien- und lokale Politikforschung wichtiges Werk vorgelegt, das nicht zuletzt durch dessen Typenbildung der lokalen Verankerung politischer Parteien wichtige Impulse für weitergehende Untersuchungen liefert und darüber hinaus die normative Debatte um die Rolle von Parteien in der Kommunalpolitik befeuert.

Michael Angenendt, M.A.

Kluth, Winfried (Hrsg.): „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen.“ Staatliche Organe und die Pflicht zur Neutralität, Universitätsverlag Halle-Wittenberg, Halle an der Saale 2015, 92 S., ISBN 978-3-86977-128-1, € 11,80.

Über Neutralität ist in der Juristerei bekanntlich viel nachgedacht und geschrieben worden, gerade auch in der Rechtsprechung. Diese Rechtsfigur ist kein Phänomen, das lediglich auf einem einzelnen Gebiet eine Rolle spielt, sie taucht beispielsweise im Religionsverfassungsrecht, Arbeitsrecht oder im Recht des Berufsbeamtentums auf.

Der von *Winfried Kluth* herausgegebene Sammelband ist eine Dokumentation des 2. Staatsrechtlichen Forums zum Thema „Unparteilichkeit gegenüber politischen Parteien als Verfassungspflicht – Zwischen extrem und extremistisch: welche Verfassungsorgane dürfen Parteien und „Bewegungen“ bewerten und beurteilen?“, welches am 29. Mai 2015 in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt in Berlin stattfand. Bereits der Tagungsname impliziert Ausführungen zur Neutralität gegenüber politischen Parteien. Dementsprechend gespannt ist man auf diesen